

BEVORSCHUSSUNG VON UNTERHALTSBEITRÄGEN

Gesuch um Bevorschussung

1. Personalien des anspruchsberechtigten Kindes

Name	Vorname
Strasse, Nr.	PLZ / Wohnort
Geburtsdatum	Heimatort / Staatszugehörigkeit
Telefon-Nr.	Sozialversicherungs-Nr.
Schule	voraussichtlich bis
Ausbildung als	Beginn / Ende

2. Personalien der / des Unterzeichnenden

- nicht unterhaltspflichtiger Elternteil
 mündiges anspruchsberechtigtes Kind
 gesetzliche Vertretung

Name	Vorname
Strasse, Nr.	PLZ / Wohnort
Telefon-Nr.	E-Mail-Adresse
Heimatort / Staatszugehörigkeit	Geburtsdatum

Ausländerbewilligung B C andere:

Sozialversicherungs-Nr.

- lebt alleine mit Kind / Kindern
 verheiratet mit _____ seit _____
 in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft mit Partnerin / Partner _____ seit _____
 in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft mit Drittperson oder mit volljährigem Kind, welches nicht in Ausbildung ist _____ seit _____

**3. Weitere Kinder des nicht unterhaltspflichtigen Elternteils oder deren / dessen Partnerin / Partners
(wenn unter deren / dessen Obhut oder bei geleisteten Unterhaltszahlungen)**

Name	Vorname	Geburtsdatum

4. Rechtstitel

entscheidende Behörde / Gericht	Datum Genehmigung Entscheid
monatlicher Unterhaltsbeitrag	

5. Unterhaltspflichtiger Elternteil

Name	Vorname
Strasse, Nr.	PLZ / Wohnort
Geburtsdatum	Heimatort / Staatszugehörigkeit
Telefon-Nr.	E-Mail-Adresse
Arbeitgeberin / Arbeitgeber	Ausgleichskasse / Pensionskasse
Sozialversicherungs-Nr.	

6. Ausstehende Unterhaltsbeiträge

Sind Unterhaltsbeiträge ausstehend?

ja, seit wann _____ nein

Betreibung von / bis _____

7. Auszahlung

Die Auszahlung der bevorschussten Unterhaltsbeiträge soll erfolgen an:

Name des anspruchsberechtigten Kindes

IBAN-Nr. _____

Bank / Post _____ Ort _____

lautend auf _____

8. Gesuch um Inkassohilfe

Das vorliegende Gesuch soll im Falle einer Ablehnung der Alimenterbevorschussung oder einer Teilbevorschussung gleichzeitig als Inkassohilfegesuch entgegengenommen werden:

ja nein

9. Bemerkungen

Die gesuchstellende Person bestätigt, dass die vorstehenden Angaben vollständig und wahrheitsgetreu sind. Sie nimmt davon Kenntnis, dass jede Änderung in den vorerwähnten Angaben betreffend die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse umgehend der für die Alimenterbevorschussung zuständigen Stelle zu melden ist und unrechtmässig bezogene Vorschüsse zurückbezahlt werden müssen. Bei widerrechtlichem Bezug bleibt eine Strafanzeige vorbehalten.

Ort, Datum

Unterschrift

Beilagen

- Rechtstitel für Unterhaltsansprüche mit Rechtskraft- oder Vollstreckbarkeitsbescheinigung
- Aktuelle Lohnabrechnungen (bei unregelmässigem Einkommen der letzten drei Monate)
- Angaben zum Arbeitspensum
- Geschäftsbilanz und Erfolgsrechnung bei selbstständiger Erwerbstätigkeit
- Renten- oder Taggeldbescheinigungen
- Vermögenserklärung
- Zahlungsbelege über weitere Einkünfte
- Krankenversicherungspolizen der ganzen Familie
- Nach der obligatorischen Schulzeit Ausbildungsbestätigung bzw. Lehrvertrag
- Verfügung Familienzulagen, falls die Auszahlung nicht mit dem Lohn erfolgt (z.B. bei Selbstständigerwerbenden oder Nichterwerbstätigen)
- Geschäftsbilanz und Erfolgsrechnung bei selbstständiger Erwerbstätigkeit
- Belege zu den Berufsauslagen
- Belege zu den Kinderbetreuungskosten (nach Abzug kommunaler Unterstützungsbeiträge)

BEVORSCHUSSUNG VON UNTERHALTSBEITRÄGEN

Abtretung / Vollmacht

1. Abtretungserklärung Die / der / das unterzeichnende

- nicht unterhaltspflichtige Elternteil
 mündige unterhaltsberechtigtes Kind
 gesetzliche Vertretung

2. Personalien der / des Unterzeichnenden

Name	Vorname
Strasse, Nr.	PLZ / Wohnort
Geburtsdatum	Heimatort / Staatszugehörigkeit
Telefon-Nr.	E-Mail-Adresse

tritt im Sinne von Art. 164 ff OR ihre / seine Forderung von monatlich

monatlicher Unterhaltsbeitrag	entscheidende Behörde / Gericht
-------------------------------	---------------------------------

Datum Genehmigung Entscheid

gegen

Name	Vorname
Strasse, Nr.	PLZ, Wohnort
Geburtsdatum	Heimatort / Staatszugehörigkeit

ab Datum vom _____ an die Gemeinde _____ ab.

3. Vollmacht mit Zustimmungserklärung

Die gesetzliche Vertretung des unterhaltsberechtigten Kindes bzw. das mündige unterhaltsberechtigtes Kind bevollmächtigt die Gemeinde (Name der Gemeinde)

ihre Interessen in finanziellen Belangen vor allen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden zu vertreten, nötigenfalls gegen den säumigen Schuldner Betreuung oder Strafklage einzuleiten, Vergleiche abzuschliessen und Zahlungen entgegen zu nehmen, sowie diese zur Verrechnung der bevorschussten Betreffnisse zu verwenden.

Die bevollmächtigte Person / Institution wird hiermit ermächtigt, eine Vertretung zu bestimmen.

Ort, Datum	Unterschrift der Vollmachtgeberin / des Vollmachtgebers
------------	---